

Andreas Stoch MdL
Minister für Kultus, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg

Statement zur Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen

[Dauer: 10 Minuten]

30.10.2014, 14 Uhr
Stuttgart, Haus der Wirtschaft,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frieden ist ein ebenso kostbares wie zerbrechliches Gut. Die aktuelle Zunahme gewaltsamer Konflikte und Auseinandersetzungen in aller Welt führt uns dies tagtäglich immer wieder vor Augen. Der wachsende Zustrom an Menschen, die in unserem sicheren und wohlhabenden Land Schutz und Obdach vor Gewalt und Verfolgung suchen, lässt erahnen, wieviel menschliches Leid und Schmerz mit diesen Konflikten verbunden sind.

Es steht außer Frage, dass wir diesen Menschen in ihrer Not helfen müssen. Und es steht außer Frage, dass wir versuchen müssen, all diese Menschen bestmöglich in un-

ser Gemeinwesen zu integrieren und ihnen perspektivisch auch eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Für das aktuelle Schuljahr hat die Landesregierung in diesem Zusammenhang beispielsweise 200 zusätzliche Deputate für Vorbereitungsklassen freigegeben, um die zahlreichen Flüchtlingskinder gut an unseren Schulen aufnehmen zu können.

In diesem Jahr erinnern wir auch an den Ausbruch des ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Die Tatsache, dass bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts auch Europa zu den zentralen Konfliktherden in der Welt zählte, droht bei den jüngeren Generationen angesichts von Wohlstand und Sicherheit immer mehr in Vergessenheit zu geraten.

Es ist die Aufgabe unserer gesamten Gesellschaft, immer wieder daran zu erinnern, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, sondern tagtäglich von neuem erarbeitet werden muss. Und dies gilt sowohl im großen als auch im kleinen Maßstab.

Kriege markieren in ihrer Brutalität und ihrem Ausmaß eine eigene Dimension menschlicher Auseinandersetzung. Für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft gilt es aber, auf allen Ebenen der Konfliktentstehung und -vermeidung anzusetzen.

Die Landesverfassung von Baden-Württemberg fordert in Artikel 12, dass die Jugend "zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe" zu erziehen ist.

Diese Aufgabe, Kinder und Jugendliche zu einem friedlichen Umgang mit ihren Mitmenschen und einer gewaltfreien Lösung von Konflikten zu erziehen, kommt in erster Linie den Eltern zu. Aber auch in der Schule wird das Sozialverhalten junger Menschen im Austausch - aber auch in der Auseinandersetzung - mit Mitschülern und Lehrern maßgeblich geprägt.

Junge Menschen befinden sich noch in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und sind für Einflüsse von außen - und

damit auch für Einflüsse negativer Art - besonders zugänglich. Wenn das private Umfeld von Jugendlichen weniger stark gefestigt ist, sind solche Einflüsse besonders problematisch, denn sie können kaum von der Familie oder Freunden aufgefangen und eingeordnet werden.

Ein aktuelles, besorgniserregendes Beispiel ist die wachsende Zahl von radikalisierten Jugendlichen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Syrien und dem Nord-Irak. Schätzungen gehen davon aus, dass mehrere tausend junge Menschen in Deutschland sich mit dem Gedanken tragen, als Kämpfer in das Krisengebiet zu reisen, mehrere hundert Jugendliche sind bereits vor Ort.

Nach Einschätzung von Experten spielt Religiosität im eigentlichen Sinne dabei meist nur eine untergeordnete Rolle. Die Jugendlichen seien vielmehr auf der Suche nach Sinn im Leben, oft labil und frustriert, und interessiert an Autoritäten.

Es ist auch Aufgabe der Schule, Kinder und Jugendliche stark zu machen und sie dadurch vor negativen und extremistischen Einflüssen jeglicher Art zu schützen. Ebenso gilt es, unsere Lehrerinnen und Lehrer für solche Themen zu sensibilisieren, und sie beispielsweise in die Lage zu versetzen, Radikalisierungstendenzen bei Schülerinnen und Schülern zu erkennen.

Friedensbildung in Schulen umfasst ein breites Spektrum und findet heute auf vielfältige Weise statt. Neben inhaltlichen Aspekten, wie etwa der Diskussion friedens- und sicherheitspolitischer Fragestellungen, zählen dazu auch Maßnahmen der Gewaltprävention oder Streitschlichtung

Mit der Erklärung, die wir heute unterzeichnen, will das Kultusministerium gemeinsam mit den verschiedenen, hier vertretenen gesellschaftlichen Gruppen ein deutliches Zeichen zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen setzen. Wir werden dieses Vorhaben in den nächsten Wochen und Monaten intensiv vorantreiben und im engen Dialog mit den Unterzeichnern dieser Erklärung konkrete Maßnahmen dazu entwickeln.

Im Rahmen der Bildungsplanreform arbeiten wir momentan bereits daran, Themen der Friedensbildung und Ansätze gewaltfreie Konfliktlösung fächerübergreifend stärker im Unterricht zu verankern - die neue Leitperspektive "Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt" ist ein gutes Beispiel in diesem Zusammenhang.

Darüber hinaus wollen wir im Bereich der Lehrerfortbildung gemeinsam neue Ansätze entwickeln, und wir denken über den Aufbau einer eigenen Infrastruktur für Friedensbildung in Form einer landesweiten Servicestelle nach.

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, nach einem
langen und intensiven Austausch heute diese gemeinsame
Erklärung unterzeichnen zu können. Und ich freue mich,
dass wir nun mit der inhaltlichen Arbeit beginnen können,
die mit Sicherheit ebenso intensiv und fruchtbar sein wird.**

**An dieser Stelle möchte ich mich vorab auch bei den
Landtagsfraktionen der SPD und der Grünen bedanken.
Hier gibt es positive Signale, die Stärkung der Friedens-
bildung in Schulen auch finanziell zu unterstützen.**

Dafür herzlichen Dank!